

Vörsener Zeitung.

Fünfundsechzigster

Jahrgang.

Mittwoch, 13. November

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen;
Ludolph Wolff;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel;
Hanslein & Vogler;
in Berlin:
A. Kelmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Sabath.

Nr. 533.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Vörsen 1 1/2 Thlr., für ganz
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Bei Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 2 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, dreigehaltene 5 Sgr., sind
an die Expedition zu richten und werden für die an
demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10
Uhr Vormittags angenommen.

1872.

Landtags-Eröffnung.

Berlin, 12. Nov. Der Landtag wurde heute Mittag 1 1/2 Uhr durch den Kriegsminister eröffnet. Die Thronrede lautet:
„Erlaubte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages! Sr. Maj. der Kaiser und König haben mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie in Allerhöchster Ihrem Namen zu eröffnen. Da die Hoffnung gescheitert ist, die Reform der Kreisverfassungen nach Wiederaufnahme der im Juni verfallenen Session zum Abschluß zu bringen, hat die Regierung Sr. Maj. es für geboten erachtet, die in dieser Beziehung fruchtlos gebliebene Session zu schließen, um in einer neuen jene wichtige, dringende Aufgabe zur Lösung zu bringen, und Ihnen neben denjenigen Gesetzentwürfen, welche Ihnen bereits in eben der verfallenen Session zugegangen sind, auch andere gesetzgeberische Aufgaben von Bedeutung zu unterbreiten. Sie wissen bereits aus der früheren Vorlage des Staatshaushalts-Etats pro 1873, daß die Finanzlage Preußens eine durchaus befriedigende ist, daß nicht allein die Mittel vorhanden sind, um den auf dem Gebiete der gesamten Staatsverwaltung hervorgetretenen Ausgabebedürfnissen in weiterem Umfange gerecht zu werden, sondern auch erhebliche Summen zur Bildung von Provinzialfonds, zur Gewährung von Wohnungsgeldzuschüssen an Staatsbeamte und zur außerordentlichen Tilgung von Staatsschulden zur Verfügung zu stellen. Zugleich gestattet die Finanzlage an der Absicht festzuhalten, weniger wohlhabenden Einwohnerklassen umfassende Steuererleichterungen zu Theil werden zu lassen. Ein Gesetzentwurf wegen Abänderung des Ges. vom 1. Mai 1851, betreffend die Einführung der Klassen- und klassifizierten Einkommensteuer wird Ihnen unverzüglich zugehen. Es werden Ihnen Vorlagen gemacht werden, welche bestimmt sind, die Beziehungen des Staats zu den Religionsgesellschaften nach verschiedenen Richtungen hin klarzustellen. Vor Allem werden Sie wiederum mit der Umgestaltung der bisherigen Kreiseinrichtungen befaßt werden. Die Regierung Sr. Maj. ist fest durchdrungen von der Nothwendigkeit der Reform, deren Ausführung durch Vereinfachung der dazu erforderlichen Geldmittel erleichtert wird, als Grundlage der Lösung mannigfacher anderer Aufgaben des Staats ins Leben zu rufen. Es wird Ihnen ein Entwurf der Kreisordnung vorgelegt werden, worin unter Festhaltung der wesentlichen Grundlagen des früheren Entwurfs, eine Reihe von solchen Veränderungen vorgeschlagen ist, deren Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit sich aus den bisher stattgefundenen Verhandlungen ergeben hat. Die Regierung Sr. Maj. hofft zuversichtlich, eine allseitige Vereinbarung über diesen Entwurf zu erreichen und ist entschlossen, die Durchführung der bedeutsamen Aufgabe durch alle Mittel, welche die Verfassung der Monarchie Ihnen in die Hand giebt, zu sichern. Im Namen Sr. Maj. des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.“

Berlin, 12. Novbr. Bei der Landtags-Eröffnung im Weißen Saale waren etwa 100 Mitglieder beider Häuser, darunter die betreffenden Präsidenten, anwesend. Der Geh. Rath Bittelmann überreichte dem Grafen Noen die Thronrede. Nach Verlesung derselben brachte der Herrenhauspräsident Graf Stolberg ein dreifaches Hoch auf den Kaiser und König aus, in das die Versammlung lebhaft einstimmte.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 12. November.

— Der Kaiser ist gestern Abend von Dresden hierher zurückgekehrt. — Der Kronprinz, welcher sich gleich nach der Ankunft nach dem Neuen Palais bei Potsdam begeben hat, wird heute Abend über Karlsruhe zur Kronprinzessin nach Bayreuth abreisen.

— Das Abkommen, welches zwischen Preußen und Rußland behufs anderweiter Regulirung des Verfahrens bei Uebnahme der aus Rußland nach Preußen und umgekehrt auszuweisenden lästigen Personen unterm 31.19. August d. J. mittelst Noten-Austausches abgeschlossen, und dessen Ausdehnung auch auf das gesammte Deutsche Reich in Aussicht genommen ist, hat in der „Vossischen Zeitung“ eine augenscheinlich auf Mißverständnis beruhende Darstellung und Kritik gefunden. Die „Spener'sche Zeitung“ enthält darüber folgende zuverlässige Mittheilung:

Es handelt sich bei dem neuen Abkommen gar nicht um die Auslieferung von gemeinen oder gar politischen Verbrechern, von Deserteuren oder ausgehenden Militärpflichtigen, welche der eine Staat auf Verlangen des anderen zu bewilligen verpflichtet wäre, sondern lediglich um Regulirung des administrativen Verfahrens bei der Ausweisung solcher fähigkeitsloser, vagabondirender resp. legitimationsloser Individuen, deren sich der eine Staat als ihm lästiger Ausländer selbst zu entledigen wünscht, und deren Wiederaufnahme der Heimgaht selbst zu entledigen nicht abzulehnen berechtigt ist. Die Befugnis des Staats, dergleichen nicht abzulehnen berechtigt ist. Die Befugnis zur administrativen Ausweisung solcher Ausländer, welche aus den obigen oder anderweitigen Ursachen lästig fallen, steht völkerrechtlich jedem souveränen Staate zu. Diesem Rechte korrespondirt die völkerrechtliche Pflicht jedes Staates, seine aus einem fremden Staate ausgewiesenen Angehörigen auf Verlangen desselben wieder aufzunehmen. Von diesem Rechte haben, wie alle europäischen Staaten, so Preußen und Rußland auch nach Ablauf der Kartell-Konvention vom 27. Juli bis zum 8. August 1857 Gebrauch gemacht. Das Abkommen vom 31.19. August d. J. hat lediglich und allein den Zweck, das Verfahren bei Feststellung der Heimathsverhältnisse der Auszuweisenden zu reguliren und thumlich zu vereinfachen. Bisher fehlte es an festen Normen für dieses Verfahren, und es mußte in jedem Falle, wenn die Heimathsverhältnisse nicht ausnahmsweise durch direkte Korrespondenz der beiderseitigen Behörden festgestellt wurden, zu diesem Zwecke der umständliche und weitläufige Weg diplomatischer Verhandlungen beschritten werden. Dadurch entstanden vermehrte Schreibkosten, übermäßige Kosten und für die zur Ausweisung aus Rußland bestimmten Individuen Verlagerung der in Rußland gegen dieselben üblichen Polizeigeld. Zur Vereinfachung dieser schweren Uebelstände für die Behörden, wie für die Auszuweisenden selbst bestimmt das Abkommen vom 31.19. August d. J., daß in Zukunft bei den in den 10

Weichsel-Gouvernements, sowie in den Gouvernements Kowno und Gurland sich aufhaltenden preussischen und der aus diesen 12 Gouvernements herkommenden russischen Staatsangehörigen, deren Ausweisung wegen der obigen Ursachen von dem anderen Staate beabsichtigt wird, die Feststellung der Heimathsverhältnisse und der daraus resultirenden Uebnahmepflicht regelmäßig durch direkte Korrespondenz zwischen den beiderseitigen Grenzbehörden (Distrikts-Chefs und Landräthen) erfolgen soll, während es bei allen in den übrigen Theilen des russischen Reiches sich aufhaltenden preussischen und den aus dem übrigen Rußland herkommenden russischen Staatsangehörigen bei der Korrespondenz auf diplomatischem Wege verbleiben soll. Von einer Auslieferung- resp. Ausweisungspflicht ist überall nicht die Rede. Weder kann Preußen von Rußland, noch Rußland von Preußen auf Grund des Abkommens die Ausweisung oder Auslieferung irgend einer Person verlangen. Damit fallen auch die in der „B. Z.“ gegen das Abkommen erhobenen Klagen als thatsächlich und rechtlich grundlos in sich zusammen. Es steht zu erwarten, daß dieses im Interesse der Beschleunigung, Kostenersparnis und wahrer Humanität (zunächst auf zwei Jahre) abgeschlossene Uebereinkommen sich in der Praxis bewähren wird.

— Die „N. A. Z.“ schreibt:

In der Injurienprozeßsache des Domherrn Rozman wider den verantwortlichen Redakteur unserer Zeitung, Binder, stand heute, den 12. Audienstermin vor dem hiesigen Stadtgericht an. Den Gerichtshof bildeten die Stadtgerichtsräthe Sommer I., v. Chapelier und Börsen, Vertreter des Klägers war Rechtsanwalt Zanten, der des Verklagten, Justizrath Kesse. Letzterer überreichte dem Gerichtshof mehrere ausländische Journale, namentlich eine Nummer des „Lemberger „Diennt polski“, aus der im Wesentlichen die inframinirte Notiz der „N. A. Z.“ entnommen ist, und beantragte ausführliche Beweisnahme über den angetretenen Beweis der Wahrheit der behaupteten Thatfachen, falls nicht aus dem Präjudicial-Einwand, daß nämlich dem Redakteur hätte nachgewiesen werden müssen, ihm sei der Inhalt des betreffenden Artikels vor dem Druck bekannt gewesen, die Abweisung der Klage erfolgte. Der Anwalt des Klägers hat gegen die beantragte Beweisnahme nichts einzuwenden können. Der Gerichtshof beriet etwa zehn Minuten und verkündete darauf das Urtheil, daß Klager mit seiner Klage abzuweisen sei und die Kosten des Prozesses zu tragen habe. In der Motivirung des Erkenntnisses hob der Vorsitzende hervor, daß der § 37 des Preßgesetzes, nach welchem der Redakteur einer Zeitung auch ohne den speziellen Nachweis vorheriger Kenntnissnahme eines event. straffälligen Artikels zu bestrafen sei, einer Entscheidung des Obergerichts zufolge, nur im Interesse des öffentlichen Rechts herangezogen werden dürfe, nicht aber im Privatinteresse beliebiger Personen. Aus diesen formellen Gründen habe erkannt werden müssen, wie angegeben. — Interessant ist übrigens der Umstand, daß der Domherr Rozman in seiner Replik eingeräumt hat, an der Bank zu Somburg gespielt zu haben, aber — nur zum Zeitvertreib, und dabei nicht einen großen Verlust erlitten, sondern sogar einen unbedeutenden Gewinn erzielt zu haben.

Mainz, 7. Nov. Das „Mainzer Journal“, das anerkannte Organ des Bischofs v. Ketteler, bringt an der Spitze seiner Nummer vom 6. d. M. einen als Drinal-Korrespondenz gekennzeichneten Brief aus Rom, der über die bekannte Audienz der Trasteveriner im Vatikan berichtet, bei welcher zum Entsetzen des eben anwesenden Kardinals Cullen die vom Papste haranguirte Menge mit einem donnernden: „Morte à Vittorio Emanuele“ antwortete. Die Korrespondenz beginnt mit folgenden, schon an sich recht lehrreichen Wendungen:

Rom, 30. Oktober. Ihre Korrespondenten haben Ihnen bereits von der feierlichen Audienz berichtet, welche Pius IX. am 27. d. Mts. einer Deputation des vortrefflichen Stadtviertels Monti gewährte, und haben Ihnen die an jenem Tage gesprochenen herrlichen Worte des heiligen Vaters mitgetheilt. Nicht von dem Verlaufe dieser großartigen Manifestation, nicht von dem Enthusiasmus der fünftausend Männer, welche die ungeheure Sala Ducale und den Vorhof der Etruskischen Kasse füllten, will ich Sie also heute unterhalten; aber lassen Sie mich Ihnen über den Charakter und die große Bedeutung der Demonstration einige Worte sagen.

Im weiteren Texte werden die Worte des Papstes, die nach allem Anscheine insbesondere zu den oben erwähnten Ausrufungen veranlaßten, in folgender Version mitgetheilt und kommentirt:

Ich weiß, — rief er (Pius IX.) — gewisse Menschen brüsten sich, in Rom zu sein, und behaupten, daß sie dort bleiben werden. Es ist leider nur zu wahr, daß sie in Rom sind; aber zwischen dem Hiersein und Hierbleiben ist ein großer Unterschied. — Die anwesende Menge, gewaltig ergriffen durch diese Worte, brach in den einstimmigen Ruf aus: „Du allein bist unser König!“ — „Wir aber — sagte der heilige Vater — müssen zu Gott sehen; leider verharren Viele noch bei ihr Herz, aber sie werden unerwartet die Schläge des Harnes Gottes fühlen.“ Drohende und vielleicht prophetische Worte; denn das Buch des Lactantius „Ueber den Tod der Verfolger“ ist noch geschlossen, und von Jahr zu Jahr fügt die Hand Gottes neue Kapitel hinzu. Dies empfindet Niemand mehr, wie Viktor Emanuel. Im Lichte des Glaubens geboren, in der göttlichen Wahrheit erzogen, vermag er die schreckliche Vorahnung des göttlichen Strafgerichtes in seiner Seele nicht zu erschüttern. Mehr als Alles fürchtet er einen plötzlichen Tod. Der Quirinal ist für ihn ein verwünschtes Schloß, nur in der Villa Ludovisi flieht der Schummer seine Augen nicht. Dem hier zählt er wenigstens die Mische.“

So der angebliche Korrespondent des Ketteler'schen Organs, der aber Niemand anders ist, als die vom Herrn von Ketteler selbst öffentlich desavouirte „Genfer Korrespondenz“, welche in ihrer Nummer vom 4. d. M. wörtlich den Bericht enthält, den am 6. d. d. „Mainzer Journal“ als eine Original-Korrespondenz abgedruckt: „Gleich und Gleich“. Das „Mainzer Journal“ liefert übrigens am nämlichen Tage in seinem Feuilleton einen nicht minder bemerkenswerthen Beweis, wie unsere Ultramontanen Geschichte zu schreiben verstehen. Es ist darin von der Exkommunikation und der Absetzung Elisabeths von England durch Pius V. die Rede, und wird offenbar als avis au lecteur über das Verfahren des Papstes gesagt: „wozu er volles Recht hatte.“

München, 10. November. Der Bischof von Passau schreibt indessen in seinem Kampfe gegen die ultramontane Agitation ohne Rücksicht auf die bekannten heftigen Angriffe der ultramontanen Blätter gegen ihn, weiter vor. So hat derselbe in einem Spezialfalle den

Geistlichen seiner Diözese die Theilnahme an einer Versammlung eines Bauernvereins verboten. Die „N. A. Z.“ berichtet darüber:

In Triftern in Niederbayern soll am nächsten Martinitag (11. d. M.) eine größere Wanderversammlung des katholischen Bauernvereins stattfinden mit feierlichem Kirchenzug. Auf die Nachricht davon hat das bischöfliche Ordinariat Passau an das katholische Pfarramt in Triftern sofort ein Schreiben erlassen, in dem es heißt: „Im Hinblick auf gewisse genugsam bekannte Vorgänge wird nunmehr dem Pfarramt Triftern in bestimmter Weise der spezielle Auftrag erteilt, keinerlei Gottesdienst für den bezeichneten Bauernverein weder durch die Pfarrgeistlichkeit noch durch irgend einen andern auswärtigen Geistlichen abhalten zu lassen, namentlich aber die Abhaltung einer Predigt in der Kirche in jeder Richtung fern zu halten. Die Pfarrgeistlichkeit in Triftern hat an diesem Tage das heilige Mesopfer am frühen Morgen darzubringen. Zu der Vereinsversammlung, in welcher die angekündigten Reden gehalten werden, sind zwei Pfarrgeistliche behufs gewissermaßen Berichterstatter an die oberhirtliche Stelle abzuordnen. Auswärtigen Priestern der diesseitigen Diözese, wenn sich solche bei dieser Vereinsfeier einfinden sollten, ist aus Auftrag Sr. bischöflichen Gnaden kundzugeben, daß sie sich von derselben fern zu halten haben. Es ist unserm hochwürdigen Herrn Bischof schmerzlich, diese Anordnung treffen zu müssen, allein seine oberhirtlichen Pflichten machen ihm Hinblick auf vorliegende traurige Erfahrungen dieselbe unerlässlich nothwendig.“

Einen sehr interessanten weiteren Beitrag zur Behandlung der katholischen Bischöfe durch die Ultramontanen bringt eine Münchener Korrespondenz des „Schwäb. Merkur“, in der es u. A. heißt: Der bekannte Landtagsabgeordnete Pfarrer Mahr aus Ebermannstadt (bei Forchheim) ist notorisch und zugestandenmaßen ein fleißiger und auch ein würdiger Mitarbeiter des „Volksboten“. Die heutige Nummer dieses Blattes enthält nun einen Bericht über eine Sitzung des katholischen Volksvereins in Ebermannstadt, in welcher eine Adresse an den Bischof von Passau beraten wurde, deren Wortlaut mitgetheilt wird. Es wird darin hingewiesen auf die Angriffe, welche das Organ des Bischofs, das „Passauer Tagblatt“, und dieser selbst auf die katholischen Vereine sich erlaubt. Dann heißt es:

Wir wollen nun zwar, um nur einigermaßen das ungewöhnliche Aergerniß, daß Sie der katholischen Welt geben, zu entschuldigen, die wiederholte Andeutung in der Presse berücksichtigen, daß Sie zeitweise nicht im vollen Besitz Ihrer Geisteskräfte sich befinden; allein das Aergerniß besteht einmal, und deshalb konnten wir nicht umhin, Ihnen den tiefsten Schmerz darüber auszudrücken, daß in diesen schweren Prüfungstagen durch Ihr unverantwortliches Gebahren der katholischen Welt so unfähige Trauer bereitet wird. . . ., aber den Wunsch auszusprechen können wir uns nicht versagen, wenn Eure bischöfliche Gnade es wirklich mit der katholischen Kirche gut meinen, so möchten Sie als notorisch kranker Mann den Bischofsstuhl niederlegen und es so ermöglichen, die schwer geprüfte Passauer Diözese nach katholischen Prinzipien in Uebereinstimmung mit den klar ausgesprochenen Intentionen unsers geliebten heiligen Vaters Pius IX. zu regieren.

Als diese Adresse nun in der Sitzung zur Verathung kam, war die ganze Versammlung einstimmig mit dem Inhalt der Adresse und deren Abfindung an den Bischof von Passau einverstanden bis auf — den ersten Vorstand Pfarrer Mahr! Dieser wies in einem längeren Vortrag die berechtigte Existenz der katholischen Vereine nach, zählte ihre Verdienste auf, welche sie schon seit dem Jahre 1848 sich erworben und die Belobungen, welche dafür ihnen zu Theil geworden. „Wo aber solche Autoritäten, sowie der Gesamtepischofats Deutschlands ihr Urtheil gefällt, da müsse man einem Sonderling die Freiheit lassen, sich zu blamiren; ein kranker Mann verdiene nur Mitleid.“ Er beantragte, über diesen Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen, was auch, wenn auch ungern, geschah. — „Wenn die Vereine und ihre Führer, die Geistlichen, ihre eigenen Bischöfe als Narren ihnen ins Angesicht traktiren und in einem Tone mit ihnen sprechen, wie obige Probe zeigt, wessen darf man sich von ihnen versehen gegenüber der weltlichen Obrigkeit?“ fragt am Schluß der Korrespondent, dessen Nerven für ultramontane Wühlerei augenscheinlich noch viel zu wenig abgestumpft sind.

Bern, 9. Novbr. Die durch die vom Bischof von Basel verfügte Absetzung und Exkommunikation des Pfarrers Gschwind in Starrkirch hervorgerufene Aufregung pflanzt sich durch den ganzen Kanton Solothurn fort. In Olten faßte eine vom liberalen Verein einberufene zahlreiche Versammlung folgenden Beschluß: „Der liberale Verein stellt an den Gemeinderath ein Gesuch zum Zweck sofortiger Abhaltung der Gemeindeversammlung, welche letzterer folgende Anträge zur Genehmigung vorzulegen sind: 1) Wir glauben nicht an die Lehre der Unfehlbarkeit; 2) wir dulden nicht, daß dieselbe in der Kirche und in der Schule gelehrt werde; 3) sämtliche Gemeinden des Kantons Solothurn sollen von diesen Beschlüssen in Kenntniß gesetzt und zur Mittheilung an einem Massenproteste gegen jenes Dogma eingeladen werden.“ Nur wenige Gemeinden dürften dieser Einladung keine Folge leisten. Auf diese Weise hätte sich dann der ganze Kanton Solothurn für den Ultrakatholizismus erklärt. (R. Ztg.)

Rom, 6. November. Der „Gazzetta“ von Treviso wird von hier berichtet: Das Ministerium wird gleich bei Eröffnung der Kammern einen Gesetzentwurf vorlegen, in welchem mehrere Millionen verlangt werden, um den zahlreichen Familien helfen zu können, welche sich in Folge der Ueberschwemmung ohne Nahrung, Obdach und Kleidung befinden. Laut der „Gazzetta“ von Venedig berechnet man den Schaden, den die Ueberschwemmungen angerichtet, auf etwa 30 Mill. Francs. Der „Pungolo“ von Neapel bringt über die Krisis in Preußen einen „In Germania“ überschriebenen Artikel, dem wir folgende Sätze zur Charakteristik des Ganzen entlehnen:

Das siegreiche Deutschland will auch das freie Deutschland sein. Und eigenthümlicherweise müssen gerade jene Männer, welche eben erst große Erfolge erröckpft haben, sich jetzt in die Nothwendigkeit versetzen, neue Siege zu erröckpfen, andere, aber nicht minder glorreiche und heilbringende Siege als ihre früheren, dies Mal nicht in Dienste der Gewalt, sondern in dem der Freiheit. Es ist ein ebenso feierliches als erhebendes Schauspiel und beseligt uns in dem Glauben, dessen

